

BDS...Kompass

Das Magazin des
BDS Landesverbandes Schleswig-Holstein e.V.



Ausgabe 2, 2011

Liebe Mitglieder, liebe Gäste, liebe Mit- streiter!

Die Jahres-
mitglieder-
versam-
lung ist
für jeden
V e r b a n d
ein Anlass,
innezuhal-
ten, auf das
vergangene
Jahr zurück-
zublicken
und Bilanz
zu ziehen.
So auch bei



uns, am 23.06.2011 in der Kieler
Loge. Neben der verbandsinternen
Restrukturierung lag der Fokus 2010
vor allem auf der Verbesserung der
Kommunikation und der Dienstleis-
tungsangebotes des BDS sowie der
weiteren Intensivierung politischer
Kontakte. Wir bedanken uns bei al-
len, die die oftmals lange Fahrtzeit in
Kauf genommen und zum Landesver-
bandstag in Kiel gekommen sind. Da
die Teilnahme nicht allen Mitgliedern
möglich war, haben wir die wichtigs-
ten Ergebnisse des vergangenen Jahres
noch einmal für Sie ab Seite 6 zusam-
mengefasst.

Auch die Kernaussagen unserer Gast-
rednerin MdL Anita Klahn möchten
wir Ihnen nicht vorenthalten.

Angesichts des zunehmenden Fach-
kräftemangels wird die Vereinbarkeit
von Beruf und Familie neben einer
Form der eigenen Lebensgestaltung
immer mehr zum Wettbewerbsfaktor
bei der Suche nach geeignetem Perso-
nal. Dabei können viele Maßnahmen
auch ohne hohen Investitionsauf-
wand einfach und zeitnah umgesetzt
werden. Wie, erfahren Sie auf Seite
10.

Ihr

W. Linker

Prof. Dr. Wolfgang Linker

Inhalt dieser Ausgabe

Liebe Mitglieder, liebe Gäste, liebe Mitstreiter.....	2
Dürfen wir vorstellen?	3
Die Grillsaison ist eröffnet.....	4
Neuer stellvertretender Landesvorsitzender gewählt.....	5
Stoltenberg zum 5-ten Mal als Kassenprüfer bestätigt.....	5
Sonderthema: BDS Landesverbandstag 2010	
Jahresrückblick 2010	6
Werden Sie aktiv	9
Familienfreundlichkeit als Wettbewerbsvorteil	10
Partnerinformation	
Optimale Ergänzung zum Krankheitsschutz für gesetzlich Versicherte!.....	12
Sonderthema: Energie & Umwelt	
Atomstreitalter abgeschaltet.....	13
Energieeffizienz: Mittelstand fordert klare Grundlagen zur Erschließung der Potenziale.....	14
Kleinere Hypothek.....	14
Chronologie eines Ausstiegs.....	15
Selbständige Sozialschmarotzer?.....	16
BDS Bundesverband verwehrt sich gegen Schmähkritik an Selbständigen	16
Angeblich Steuerentlastungen für Selbstständige und Handwerker geplant	17
Börsenbarometer	17
Steuer News	18
Impressum	18
Jubiläen und Geburtstage	19

Dürfen wir vorstellen?

BDS Mitglied Norbert Zewuhn

Die Überschrift hätte jedoch auch «Ein BDS Mitglied goes Hollywood» lauten können, den noch vor wenigen Wochen konnte man unser BDS Mitglied Norbert Zewuhn auf den großen Leinwänden der Kinos sehen. Grund genug den Allianzberater für Fragen der betrieblichen Altersvorsorge im BDS Kompass vorzustellen und mal genauer nachzufragen, wie das eigentlich so war mit den Klitschko-Brüdern und warum ausgerechnet er einer der wenigen deutschen Interviewpartner des Films war.

BDS SH: Herr Zewuhn, Sie waren Vorsitzender des BDS Kreisverbandes Flensburg, danach langjähriges Beiratsmitglied, engagierten sich als Manager des Box-Bundesligisten Sparta Flensburg, in der MIT - Mittelstandsvereinigung der CDU und der Handewitter Interessengemeinschaft Selbständiger. Das Ehrenamt scheint in Ihrem Leben eine große Rolle zu spielen.

Als ich 1984 als Allianzvertreter nach Flensburg kam, hatte ich außerhalb der Familie keine nennenswerten Geschäftskontakte in der Region. Der damalige Kreisvorsitzende, Wilhelm Jensen, hat mich damals in den BDS geholt, damit ich schnell mein Netzwerk vergrößern und mir einen Kundenstamm aufbauen konnte. Heute, 27 Jahre später, kann ich sagen, dass ich im BDS nicht nur Kunden und Geschäftspartner, sondern auch viele langjährige Freundschaften gefunden habe.

Ich habe das Ehrenamt darüber hinaus schon immer als Chance begriffen, Menschen kennenzulernen und von ihren unterschiedlichen Blickwinkeln und Weltanschauungen zu profitieren. Gerade die Unterschiedlichkeit der Mitglieder einer Partei oder eines Sportverbandes und deren unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit haben mich dabei immer besonders gereizt.

BDS SH: Eines dieser Ehrenämter hat Sie jetzt sogar auf die Kinoleinwand gebracht. Waren Sie überrascht als die Produktionsfirma Broadview Sie anrief?



Norbert Zewuhn,
Allianz Beratungs- und Vertriebs AG Spezialvertrieb,
in seiner Funktion als Leiter der Arbeitsgruppe BOB,
Kreisverband Flensburg

Eigentlich nicht. (*lacht*) Im Mai 2010 bekam ich einen Anruf von einer Journalistin, die eine Story über die Klitschkos für den Stern schrieb und im Rahmen ihrer Internetrecherche auf mich gestoßen war. Als der Anruf der Filmgesellschaft kam, hatte ich die Unterlagen quasi noch auf dem Tisch liegen.

BDS SH: Wie kommt es denn nun, dass Sie die Klitschkos nach Deutschland geholt haben?

Zunächst einmal möchte ich betonen, dass das kein Alleingang war. Der Sparta Flensburg hat sich immer schon durch eine hervorragende Teamarbeit ausgezeichnet. Zu dem Zeitpunkt als Wladimir Klitschko nach Deutschland kam, war ich zufälliger Weise der Manager des Vereins. Ich habe davor jedoch auch schon beispielsweise als Kassenwart mitgearbeitet.

Dass Wladimir Klitschko 1995 nach Flensburg kam, um für Sparta Flensburg als Amateur zu boxen, war für uns zunächst eher eine Katastrophe. Eigentlich hatten wir den Vertrag nämlich mit Vitali Klitschko abgeschlossen.

Als der Transfer bezahlt, die Programmhefte gedruckt und der Flug aus der Ukraine nach Deutschland gebucht war, wurde Vladimir jedoch wegen Dopings gesperrt. Da schickte uns der Verband in Kiew kurzerhand den fünf Jahre jüngeren Bruder, Wladimir Klitschko, der dann zehn Bundesligakämpfe für uns bestritt.

- Fortsetzung auf Seite 4 -

Allianz Beratungs- und Vertriebs AG Spezialvertrieb

Inhaber:	Norbert Zewuhn
Branche:	Versicherungen
Kontakt:	Werkstraße 22 24983 Handewitt
Tel:	+49 (4608) 970770
Fax:	+49 (4608) 970750
E-Mail:	norbert.zewuhn@allianz.de
Internet:	http://www.allianz-zewuhn.de
Gründung:	01.09.1984
Mitglied seit:	02.10.1984

- Fortsetzung Seite 3 -

BDS SH: Hätten Sie sich damals träumen lassen, dass Sie mit den Klitschkos zwei zukünftige Weltstars nach Flensburg holen?

Nein. Ich erinnere mich noch gut, wie ich den 19-jährigen Wladimir in Hamburg vom Flughafen abholte. Er sah seinem Bruder so ähnlich, dass ich kurz überlegte, ob man mir doch den gesperrten Vitali unter einem anderen Namen geschickt hatte. Auf den ersten Blick war Wladimir nur etwas schwächlicher als Vitali, auf den zweiten Blick konnte man jedoch deutliche Unterschiede ausmachen.

Sein Potenzial zeige sich bereits vor dem ersten Kampf. Wladimir hatte eine sehr gute Technik und war schon damals sehr diszipliniert. Er ordnete alles dem Sport unter. Spätestens nach den Olympischen Spielen war dann allen klar, dass die Klitschkos am Anfang einer großen Karriere standen.

Als Wladimir dann 1996, wieder in Vertretung seines Bruders, bei den Olympischen Spielen in Atlanta im Superschwer-

gewicht Gold holte, wußten wir, dass wir ihn nicht länger an der Flensburger Förde halten konnten und dass ihm im Profiboxsport eine große Karriere bevorstand.

Doch hätten wir Sie damals nicht nach Flensburg geholt, hätte diese Karriere wahrscheinlich in Amerika stattgefunden.

BDS SH: Mit großen Boxern können wir im BDS zwar nicht aufwarten, trotzdem sind Sie schon seit über 25 Jahren - oftmals im Vorstand und Beirat - mit dabei. Welche Vorteile sehen Sie in Ihrer Mitgliedschaft?

Zum einen helfen mir das Netzwerk des BDS und die Empfehlungen der Mitglieder meine Agentur bekannt zu machen und neue Kunden zu akquirieren. Zum anderen fungiert die Mitgliedschaft im BDS oftmals als Türöffner. Man kann auf den Mitgliederkreis zurückgreifen, wenn man einmal einen Tipp oder Hinweis aus einer anderen Branche benötigt.

Letztlich funktioniert der BDS wie beispielsweise XING, nur dass das Netzwerk

im BDS persönlicher ist. Man kennt sich oder kann sich von Angesicht zu Angesicht kennenlernen.

BDS SH: Welche Vorschläge für bzw. welche konkreten Wünsche an den BDS haben Sie?

Ich würde mir wünschen, dass der BDS in der Öffentlichkeit präsenter wird und die Schlagkraft des Verbandes erhöht wird. Ich möchte an dieser Stelle auch alle Selbständigen aufrufen, sich im BDS zu engagieren und die Mitglieder auf Selbständige zuzugehen und diese für den BDS zu begeistern. Je mehr Mitglieder der BDS hat, desto mehr Gewicht hat er in der Öffentlichkeit und desto besser kann sich der Verband für die Belange der Selbständigen einsetzen. Gleichzeitig vergrößert sich mit jedem neuen Mitglied das Netzwerk für jeden einzelnen von uns.

BDS SH: Vielen Dank für das Gespräch

*Das Interview führte Christian Cieplik,
Kaufm. Beratung Christian Cieplik*

BDS Kreisverbände

Die Grillsaison ist eröffnet

BDS Sommerfest im Kreisverband Flensburg

BDS KV Flensburg



© Anton Porsche / PIXELIO

In jedem Kreisverband gibt es Traditionen, die so lecker sind, dass sie Jahrzehnte überdauern. Im BDS Kreisverband Flensburg zählt hierzu - neben dem BDS Grünkohllessen - vor allem das alljährliche BDS Sommerfest, zu dem wir Sie, Ihre Familie und Ihre Freunde und Bekannte herzlich einladen möchten.

Gleichzeitig sind nach knapp einem Jahr die Umbau- und Sanierungsarbeiten im Bürohaus Niehuuser Straße 12 endlich abgeschlossen, daher möchten wir Sie gemeinsam mit den weiteren Mietern tt-projektentwicklung & consulting gmbh & co. kg, PhysioCare und projektKontor GmbH herzlich zu einem kleinen Sektempfang (15:00 Uhr) mit anschließendem BDS Sommer-Grillfest (17:00 Uhr) einladen.

BDS Sommerfest

am Samstag, den 13.08.2011,
um 15.00 Uhr
auf dem Grundstück der
BDS Geschäftsstelle
(Niehuuser Straße 12,
24955 Harrislee)

Anmeldung per Mail (info@bds-flensburg.de) oder per Fax 0461-77002020.

Bitte geben Sie bei Ihrer Anmeldung an, mit wie vielen Personen Sie am Sektempfang und/oder beim Grillfest teilnehmen.

Wir freuen uns auf Sie!

Neuer stellvertretender Landesvorsitzender gewählt

BDS SH



Der neue stellvertretende Landesvorsitzende Rechtsanwalt Markus Sawade

Markus Sawade heißt der neue stellvertretende Landesvorsitzende des BDS Schleswig-Holsteins, der schon vor der Wahl als Beisitzer im Landesvorstand aktiv war.

Der einstimmig gewählte Rechtsanwalt tritt damit die Nachfolger von Anke Nolte an, die bereits im September 2010 zurückgetreten war, um sich dem vermehrt ihrer Arbeit als Vorsitzende des Kreisverbandes Dithmarschen zu widmen.

Der 30jährige Schleswig-Holsteiner lebt mit seiner Lebensgefährtin in der Nähe von Rendsburg. Als Sprecher dieses Kreises liegt ihm der Verbandsaufbau in Rendsburg-Eckernförde daher besonders am Herzen.

Seit 2008 arbeitet der seit seiner Jugend politisch aktive Rechtsanwalt bei unserem langjährigen Mitgliedsunternehmen K H C - Knaack Hasselmann und Coll Rechtsanwälte, Fachanwälte und Notar in Flensburg. Den Schwerpunkt seiner Tätigkeit bilden das Verwaltungsrecht in seinen verschiedenen Variationen sowie das wirtschaftsnahe Zivilrecht.

«Die positive Entwicklung des BDS im vergangenen Jahr ist natürlich ein großer Ansporn, den beschrittenen Weg mit noch mehr Elan weiterzugehen.», so Sawade. Gerade den Netzwerk-Gedanken möchte der stellvertretende Vorsitzende dabei wieder stärker im Verband verankern und dabei auch sein eigenes Netzwerk einbrin-

gen. «Gerade bei meiner Tätigkeit ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und gezieltes Networking nicht wegzudenken. Nur durch die richtigen – persönlichen – Kontakte können bestimmte Projekte überhaupt erst realisiert werden», erläutert Sawade. «Wir haben das große Glück in einem Verband tätig zu sein, der die Auftragsvergabe unter Mitgliedern nicht nur duldet, sondern sogar fördert. Dafür müssen sich die Mitglieder jedoch untereinander kennen.», führt Swade weiter aus. «Ich hoffe daher, dass es uns gelingt, den Kontakt unter den Mitgliedern weiter zu stärken und auch die Sonderkonditionen von Mitgliedern für Mitglieder weiter auszubauen».

Stoltenberg zum 5-ten Mal als Kassenprüfer bestätigt



vl: Kassenprüfer Horst Stoltenberg, Landesvorsitzender Prof. Dr. Wolfgang J. Linker

Zum insgesamt fünften Mal seit 2003 wurde Herrn Horst Soltenberg durch die Mitglieder das Vertrauen ausgesprochen. Der einstimmig erneut für zwei Jahre gewählte Kassenprüfer darf nach acht Jahren dabei als routiniert bezeichnet werden. Wir freuen uns, dass der Inhaber des Dental-Labors «Nordsee Dental» erneut zur Verfügung steht. Neben dem engagierten Unternehmer aus Heide, fungiert der im letzten Jahr gewählte Rechtsanwalt Christoph Backes als zweiter Kassenprüfer.

Kontakt:

Name:	Markus Sawade
Position:	Stv. Landesvorsitzender, Kreissprecher Rendsburg-Eckernförde
Firma:	Knaack, Hasselmann, Christiansen Rechtsanwälte und Steuerberater Partnerschaftsgesellschaft
Anschrift:	Graf-Zeppelin-Straße 20 24941 Flensburg
Tel:	+49 (461) 57 0 55 0
Fax:	+49 (461) 57 0 55 11
E-Mail:	m.sawade@bds-sh.de
Mitglied seit:	01.08.2009

Jahresrückblick 2010

Das Jahr 2010 stand vor allem im Zeichen einer verbandsinternen Strukturreform. Alle Abläufe und Strategien wurden auf den Prüfstand gestellt, neu bewertet und zu einem Großteil umstrukturiert, um die Wettbewerbsfähigkeit des Verbandes für die Zukunft zu stärken und um den Verband für Sie - als Mitglied - zu einem starken Dienstleister auszubauen.

Jetzt, gut ein Jahr nach der Wahl, tragen die ergriffenen Maßnahmen langsam erste Früchte: Das Angebot an Rahmenverträgen konnte ausgebaut werden, der Rückgang der Mitgliederzahlen konnte im Vergleich mit den letzten Jahren, wenn noch nicht aufgehalten, so doch zumindest abgeschwächt werden und die politischen Kontakte des Verbandes konnten weiter ausgebaut und gefestigt werden.

Und doch steht der BDS noch am Anfang des Weges, den er für die Mitglieder und mit den Mitgliedern beschreiten will. Die Ausschussarbeit im Verband findet bisher ausschließlich auf Bundesebene statt, so dass kaum Anregungen aus dem Mitgliederkreis bekommen. «Das soll sich ändern!», so Prof. Dr. Wolfgang J. Linker in seinem Rechenschaftsbericht am 23.06.2011 in der Kieler Loge.

«Ebenso muss das Netzwerk im Mitgliederkreis vor allem durch neue und starke Orts- und Kreisverbände wieder intensiviert werden.», so der Landesvorsitzende weiter. Neben dem zwischenmenschlichen (Erfahrungs-) Austausch, steht hier vor allem die verbandsinterne Auftragsvergabe im Fokus der Arbeit des Landesvorstandes.

Die Mitgliederzahl vieler Kreise ist alarmierend. Daher wurden erste Pilotprojekte zur Mitgliedergewinnung und zur Einbindung von Gewerbevereinen ins Leben gerufen, die sich auf einem guten Weg befinden.

Auch in den Bereichen Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit konnte der BDS bereits erste Erfolge verzeichnen. Neben neuen oder ausgebauten Kommunikationsinstrumenten, wie der Internetseite, dem Verbandsmagazin *BDS Kompass* oder dem Newsletter *BDS News*,

wurde die Pressearbeit professionalisiert. Während zu Beginn den Redaktionen oftmals erklärt werden musste, wer der BDS ist, bekommt der Vorstand heute Anfragen aus den Redaktionen nach Stellungnahmen. So hat es der BDS vor Kurzem erstmals auf die Titelseiten der Tageszeitungen des sh:z-Verlages geschafft.

Regionale Stammtische und Arbeitskreise sind aufgrund ihres hohen Nutzens für das Vereinsleben nach wie vor von großer Bedeutung. «Die Zeiten, in denen ein Verband allein mit gut besuchten Stammtischen erfolgreich sein konnte, sind jedoch vorbei.», betont Linker. Daher müsse der Verband sich wandeln, um den veränderten gesellschaftlichen Entwicklungen und Anforderungen gerecht zu werden. «Das schaffen wir jedoch nur, wenn wir alle, der Vorstand, die Ausschussteilnehmer, die Kreise mit Ihren Verbänden bzw. Kreissprechern und Sie als Mitglied, gemeinsam an einem Strang ziehen.», appelliert der Landesvorsitzende an die Mitglieder.

Dabei gibt es im BDS vielfältige Möglichkeiten sich zu engagieren, ohne das eigene Zeitbudget überzustrapazieren (siehe Seite 9), zu denen der Vorstand herzlich einlädt. «Wir freuen uns jedoch auch über Ideen oder Projekte aus dem Mitgliederkreis.», ergänzt Linker.

POLITISCHE LOBBYARBEIT

Die Kontakte in die Politik auf Landes- und Bundesebene konnten 2010 ausgebaut und gefestigt werden, so dass vom BDS diverse öffentliche Gespräche – aber auch Hintergrundgespräche – über die Probleme und Forderungen des Mittelstandes geführt werden konnten.

Als Gesprächspartner konnten u.a. der damalige Gesundheitsminister und heutige Wirtschaftsminister, Dr. Philipp Rösler, der Fraktionsvorsitzender der Grünen im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Dr. Robert Habeck, und die Vizepräsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtags, Frau Anita Klahn gewonnen werden.

Auch zu den einzelnen Ministerien in Schleswig-Holstein konnte mit Unterstützung des Bundesverbandes der Kon-

Politische Lobbyarbeit 2010

Unter anderem mit:



Mitgliederentwicklung

Mitgliederstand:	ca. 250 Mitglieder
Durchschnittliche Mitgliedschaftsdauer:	10 Jahre
Längste Mitgliedschaftsdauer:	38 Jahre
Neue Mitglieder 2010:	7 Mitglieder
Neue Mitglieder 2011:	8 Mitglieder

Der 2008 einsetzende Abwärtstrend konnte auch 2010 nicht gestoppt, aber zumindest abgebremst werden. Kündigungsgründe sind insbesondere die wirtschaftliche Lage, Betriebsaufgaben und Insolvenzen. Neue Mitglieder werden vor allem über die attraktiven Rahmenverträge und die persönliche Ansprache durch BDS Mitglieder gewonnen.

takt weiter ausgebaut werden, so dass der Landesverband immer häufiger um Stellungnahmen von den einzelnen Ministerien gebeten wird. So konnte der BDS in puncto GEZ-Gebühren, zwar keine gerechte und ausgewogene Gebührenerhebung durchsetzen, der geballte Widerstand der Wirtschaft konnte jedoch Gebührenerhöhungen bis 2015 verhindern und die Anpassung der Beitragsstaffel für kleine Betriebe bis zu 20 Mitarbeitern erreichen.

Neben dem politischen Dialog erhält damit die Aufbereitung aktueller Themen und deren Transformation in deutliche Positionen, Forderungen und Lösungen eine immer höhere Bedeutung, die sich auch in der Vorstandsarbeit niederschlägt. Um hier noch schlagkräftiger zu werden und das Knowhow im Verband zu sichern, braucht der BDS Ausschüsse und/oder Arbeitskreise auf Landesebene, die aktuelle Themen und "auf den Nägeln brennende" Probleme aus dem Unternehmer-Alltag sammeln und diskutieren.

Denn viele Themen riefen und rufen laut nach politischer Einflussnahme, z.B.

- die GEZ-Regelung
- die Kreditklemme oder Basel III
- die Gewerbesteuer
- das Gesundheitssystem
- der Mindestlohn
- oder um auf Landesebene zu bleiben das Bildungssystem und der zunehmende Fachkräftemangel in Schleswig-Holstein.

NETZWERKE UND MITGLIEDERENTWICKLUNG

Schleswig-Holstein ist ein Flächenland. Was auf der einen Seite für malerische Landschaften sorgt, führt auf der anderen Seite bei landesweiten Netzwerk-Veranstaltungen oftmals zu Anfahrtswegen von einer Stunde und mehr.

Zudem sind in vielen der schleswig-holsteinischen Kreise die Mitgliederzahlen so gering, dass Veranstaltungen per se mit geringen Teilnehmerzahlen rechnen müssen.

Neben der Werbung von Einzelmitgliedern, wird der BDS daher zukünftig auf vorhandene Netzwerke in den Regionen setzen, um den Mitgliedern vor Ort Netzwerkstrukturen zu bieten und langfristig die eigene Mitgliederzahl zu erhöhen. Dabei gibt es für die Zusammenarbeit verschiedene Modelle von der losen Kooperation bis hin zu korporativen Mitgliedschaften. Erste Pilotprojekte sind gerade angelaufen und erweisen sich als vielversprechend.

Lobbyarbeit auf Bundesebene: Gewerbesteuer

Auch Sie haben sicher enttäuscht der Zeitung entnommen, dass die Abschaffung der Gewerbesteuer vom Tisch ist. Das Folgende stand jedoch nicht in der Zeitung: Der Präsident des Bundesverbandes Günther Hieber hat sich mit seinem Team in den vergangenen Monaten intensiv darum geküm-

Parallel dazu versuchen wir auf Landesebene mit anderen Vereinen und Verbänden Kooperationen aufzubauen und zu pflegen, um gemeinsam Ziele zu verfolgen, Veranstaltungen zu organisieren, Informationen auszutauschen und den Mitgliedern den Zugriff auf ein landesweites Netzwerk zu bieten.

DIENSTLEISTUNGEN & SONDERKONDITIONEN

Nicht nur die Anzahl der Vertragspartner, sondern auch die Inhalte der Rahmenverträge wachsen stetig und wir arbeiten daran, den Nutzen Ihrer Mitgliedschaft stetig weiter auszubauen.

Auch die BDS Mitglieder ergreifen langsam die Chance, ihre Produkte und Dienstleistungen über den BDS anderen Mitgliedern anzubieten. Dabei sind die gewährten Sonderkonditionen nicht immer finanzieller Natur. Auch ein besonderer Kundenservice oder eine erweiterte Beratungsleistung stellen Sonderkonditionen dar, die die Auftragsvergabe im Mitgliederkreis fördern.

Auf der BDS Internetseite www.bds-sh.de finden Sie alle Informationen zu den vorhandenen Rahmenverträgen.

KOMMUNIKATION

BDS Kompass

Der im April 2011 erstmals veröffentlichte BDS Kompass ist das Herzstück der Verbandskommunikation. Das quartalsweise erscheinende Magazin informiert nicht nur die Mitglieder über die laufende Verbandsarbeit, sondern wird darüber hinaus von knapp 300 weiteren Unternehmen und Politiker in Schleswig-Holstein bezogen. So informiert der BDS Kompass nicht nur, sondern garan-

tiert, dass die „wundersame Ertragsvermehrung“ durch das anteilige Hinzurechnen von z.B. Mieten, Zinsen, Leasingraten abgeschafft wird. Denn dadurch ergibt sich bei manchen Unternehmen statt des tatsächlichen Verlustes nämlich ein zu versteuernder Gewinn.

Sonderthema: BDS Landesverbandstag 2011

tiert auch den regelmäßigen Kontakt zu potentiellen Mitgliedern und Multiplikatoren.

BDS News

Flankiert wird der BDS Kompass durch unseren Newsletter - die BDS News. Im Gegensatz zu anderen Newslettern wird dieser bewusst nur aus aktuellem Anlass versandt, beispielsweise, weil Ihnen ein neuer Rahmenvertrag oder die Teilnahme an einer Veranstaltung angeboten werden soll. Dabei können Sie auch per Fax oder briefpostalisch erhalten.

Internet

Die BDS-Internetseite wurde 2010 komplett überarbeitet und auf ein neues System umgestellt, das die zukünftige Bearbeitung vereinfacht und mehr Möglichkeiten, wie z.B. die Einbindung von Umfragen, bietet.

Auf fast 100 Unterseiten, finden Sie die unterschiedlichsten Informationen über den Verband und seine Aktivitäten von A, wie «Angebote an Mitglieder» bis Z, wie «Ziele des Verbandes».

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Neben den üblichen Pressemitteilungen, Hintergrundgesprächen und Stellungnahmen lag der Fokus der Pressearbeit

2010, vor allem auf dem Aufbau und der Pflege eines aktuellen und landesweiten Presseverteilers. Neben der Identifizierung der Ansprechpartner aus den Ressorts Wirtschaft und Politik, galt es, den BDS wieder in das Bewusstsein der



Der neue Folder im BDS

Sie haben die Möglichkeit Folder in Ihrem Unternehmen auszuliegen? Sprechen Sie uns bitte an. Wir senden Ihnen gerne einige Exemplare zu.

Redaktionen zu rücken.

Die Beharrlichkeit des letzten Jahres zahlte sich aus. Neben der Steigerung der Veröffentlichungsquote hat es der BDS

Landesverband auf die Titelseiten des sh.z geschafft und wird von den Redaktionen wieder nach Stellungnahmen zu aktuellen Wirtschaftsthemen angefragt.

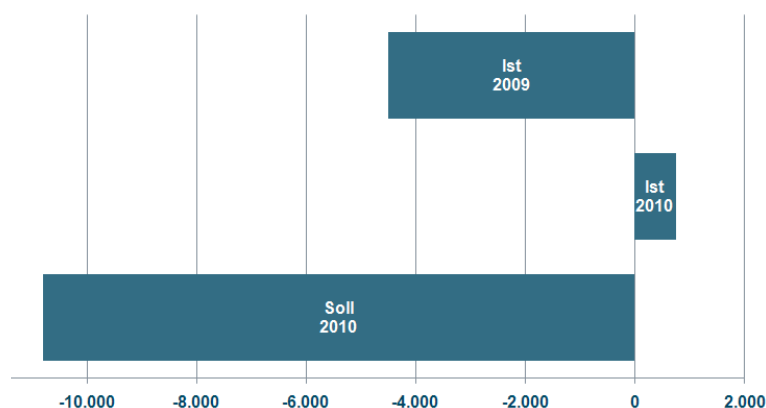
Marketing und Werbung

Der BDS entwickelt sich nicht nur intern hin zu einem modernen und schlagkräftigen Verband, sondern vollzieht diesen Wandel auch in seiner Außendarstellung. Modern, frisch und klar mit einem hohen Wiedererkennungswert lautet die Grundidee des Konzeptes, in dessen Rahmen ein neues Logo, das neue Layout der Internetseite, ein von Grund auf überarbeiteter Folder und diverse weitere Werbemittel entstanden. Dabei wurde sich bewusst an die Schriftarten und Design-Elemente, des Bundesverbandes angelehnt, um hier auch im Erscheinungsbild Einigkeit zu demonstrieren.

Dank der guten technischen Ausstattung der BDS Geschäftsstelle wurden alle Elemente des neuen Auftritts inhouse entwickelt und umgesetzt, so dass der BDS nur den eigentlich Druck extern vergeben musste.

- Trotz des beim Landesverbandstag 2010 beschlossenen außerordentlichen Aufwandes, konnte ein Haushaltsüberschuss von fast 750 € erzielen.
- Wichtigste Einnahmequelle des Verbandes sind nach wie die Mitgliedsbeiträge, mit weitem Abstand gefolgt von den Provisionszahlungen aus den Rahmenverträgen.
- Durch ein konsequentes Kostenmanagement und einen hohen Anteil an Eigenleistung bei den

DER HAUSHALT 2010 IN STICHPUNKTEN



einzelnen Aufgabenstellungen des Verbandes konnten enorme Einspa-

rungen erreicht werden, so dass mit Ausnahme der Positionen *Personalkosten* und *Kosten des Geldverkehrs* alle prognostizierten Kosten, aber auch die Vorjahreswerte aus 2009 weit unterschritten wurden.

- Durch den Bezug der neuen Räumlichkeiten in Harrislee und die verhandelte Nutzungspauschale konnten die reinen Bürokosten im Verhältnis zu 2009 um fast 69% / im Verhältnis zum prognostizierten Haushalt um über 63% gesenkt werden.

Werden Sie aktiv

BDS Ausblick 2011

Durch die Mitarbeit in den verschiedenen Ausschüssen, Arbeits- und Projektgruppen gestalten Sie nicht nur aktiv Ihren Verband mit, Sie können gleichzeitig die Reputation und den Bekanntheitsgrad Ihres Unternehmens steigern. Die Formen der Mitarbeit sind sehr vielfältig, so dass auch bei eingeschränktem Zeitbudget eine Teilhabe möglich ist:

BDS AUSSCHUSSARBEIT

Die BDS Ausschüsse in den Bereichen Soziales, Wirtschaftspolitik und Steuern sind eines der wichtigsten Sprachrohre auf Bundesebene. In diesen Ausschüssen

werden die Ideen und Forderungen beschlossen, für die sich der BDS auf Bundesebene engagiert. Der Landesverband Schleswig-Holstein im Wirtschaftsausschuss durch Frau Anke Nolte, im Steuerausschuss durch Herrn Hans-Hermann Rohwer und im Ausschuss für Soziales durch Herrn Prof. Dr. Wolfgang Linker vertreten. Die Ausschüsse sind immer wieder auf Eingaben und Hinweise aus dem Mitgliederkreis angewiesen.

Sie möchten in einem der Ausschüsse auf Landesebene mitarbeiten oder haben einen konkreten Fall, Hinweis oder eine Frage, dann sprechen Sie uns an oder nutzen Sie das nebenstehende Kontaktformular.

BDS KOMPASS

Auch beim BDS Kompass, der quartalsweise erscheint, würden wir uns über Ihre Unterstützung sehr freuen. Bringen Sie sich mit Artikeln, Ideen oder Anzeigen ein, und helfen Sie uns, das Informationsangebot für unsere Mitglieder weiter auszubauen.

BDS NoKO

Die BDS Nordkonferenz (BDS NoKO),

soll vor allem den Austausch der BDS

Mitglieder im Norden fördern und die Zusammenarbeit der nördlichen Landesverbände stärken. Daher wollen die BDS-Landesverbände Hamburg, Mecklen-

burg-Vor-

pommern, Hessen und Niedersachsen/Bremen gemeinsam mit dem Landesverband Schleswig-Holstein einmal jährlich eine Konferenz durchführen. Der BDS Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, die erste dieser Konferenzen auszurichten und damit den Auftakt der NoKO in unserem Bundesland zu veranstalten. Wir würden uns sehr über eine breite Unterstützung aus dem Mitgliederkreis bei der Ausgestaltung und Durchführung dieser Veranstaltung freuen.

BDS JUBILÄUM

Im nächsten Jahr wird der BDS Landesverband Schleswig-Holstein 40 Jahre alt. Eine hervorragende Gelegenheit, um den BDS erneut in das öffentliche und politische Bewusstsein zu rücken. Höhepunkt des Jahres wird die Jubiläumsfeier werden. Doch können für das gesamte Jahr flankierende Veranstaltungen geplant und durchgeführt werden. Dabei sind der Fantasie kaum und, wenn überhaupt, dann nur finanzielle Grenzen gesetzt.

Ich bin dabei!

Antwortfax

+49 (0) 461 77 00 20 20

**Bund der Selbständigen
Landesverband Schleswig-Holstein
e.V.**

Niehuuser Straße 12
24955 Harrislee

**Ich möchte an folgenden Ausschüs-
sen / Projektgruppen teilnehmen:**

- ☐ Ausschuss für Soziales
- ☐ Ausschuss für Steuern
- ☐ Ausschuss für Wirtschaftspo-
litik
- ☐ Redaktion BDS KOMPASS
- ☐ Projektgruppe BDS Nord-
Konferenz
- ☐ Projektgruppe Verbandsjubi-
läum
- ☐ Projektgruppe Landtagswahl
2012
- ☐ Ich möchte den BDS-Mit-
gliedern einen Rahmenvertrag
anbieten.
Bitte rufen Sie mich an.

Firma:

Name, Vorname:

Datum, Unterschrift:

- Fortsetzung Seite 09 -

Für die Planung und Durchführung des Rahmenprogrammes suchen wir Mitglieder, die diese Gelegenheit nutzen wollen, um sich und/oder ihr Unternehmen vor einem größeren Kreis zu profilieren. Sprechen Sie uns gerne an oder nutzen Sie das Antwortfax auf Seite 9.

LANDTAGSWAHL 2012

Auch die Landtagswahl am 06.05.2012 werden wir mit diversen Aktionen flankieren. Neben den regulären Maßnahmen, wie beispielsweise Wahlprüfsteinen, ist eine Podiumsdiskussion und eine Sonderausgabe des Magazins BDS Kompass vorgesehen. Auch auf unserer Internetseite werden Ihnen Angebote rund um die Landtagswahl geboten.

Zu all den vorgenannten Projekten und Ausschüssen möchten wir Sie herzlich einladen und freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Frauen und Beruf in Zahlen

- Bis 2020 fehlen in Schleswig-Holstein **67.000 erwerbstätigen Personen**, bis **2030 rund 253.000 Personen**.
- Zugleich verändert sich der Bedarf an Arbeitskräften. Der Anteil an hochqualifizierten Arbeitsplätzen nimmt aufgrund des Strukturwandels zu, während zugleich die Jobs für Geringqualifizierte weniger werden.
- Dabei sind **6,3 Millionen Frauen** im erwerbsfähigen Alter bisher nicht berufstätig
- Durch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie könnten ca. **1,2 Millionen gut qualifizierte Frauen** für den Arbeitsmarkt gewonnen werden.
- Von den berufstätigen Frauen in Teilzeit würden gut **45% gerne mehr arbeiten**
- Von den alleinerziehenden Frauen in Teilzeit sogar **weit über 50%**.

Familienfreundlichkeit als Wettbewerbsvorteil

Anita Klahn, FDP



vl: Sebastian Neumann (BDS Landesschatzmeister), Antia Klahn (MdL), Prof. Dr. Wolfgang Linker (BDS Landesvorsitzender)

Die Landtagsvizepräsidentin und sozialpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Anita Klahn, hielt auf dem Landesverbandstag ein flammendes Plädoyer für familienfreundlichere Unternehmen. Dabei machte die dreifache Mutter deutlich, dass sich die «Vereinbarkeit von Beruf und Familie» nicht nur als Antwort auf den Fachkräftemangel, sondern auch als Instrument der Mitarbeiterbindung und Außen-darstellung einsetzen lässt - und das sogar mit vergleichsweise geringen Mitteln.

Der demografische Wandel und seine Folgen für den Arbeitsmarkt sind hinlänglich bekannt. Die meisten Unternehmen werden in den kommenden Jahren mit dem Fachkräftemangel konfrontiert werden.

Der Arbeitsmarkt muss somit seine Reserven mobilisieren, um den Bedarf auch weiterhin decken zu können. Eine entscheidende Reserve hierbei sind die Frauen mit Familie. Derzeitig sind ganze 6,3 Millionen Frauen im erwerbsfähigen Alter nicht berufstätig. Zum Vergleich: Der bisherige Höchststand von Arbeitslosen in Deutschland betrug ca. 5 Millionen.

Um dieses Potenzial nun abzurufen, bedarf es keiner gesetzlichen Frauenquote, sondern einer grundsätzlichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Damit könnten ca. 1,2 Millionen gut qualifizierte Frauen für den Arbeitsmarkt gewonnen werden. Aber auch bei den bereits arbeitenden Frauen besteht noch Potenzial gut 45% sind nur in Teilzeit und würden gerne mehr arbeiten. Auch Führungsaufgaben würden viele gerne übernehmen,

wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

„Als Mutter dreier Kinder, welche selbst in Teilzeit als Medienberaterin gearbeitet hat, kann ich die Situationen von Erziehenden sehr gut nachvollziehen. Das Kind bekommt in der Nacht Fieber, wird am nächsten Tag nicht in den Kindergarten können. Jedoch steht am Folgetag ein wichtiger Termin an, und kein Familienangehöriger ist greifbar, der einspringen könnte.“ In diesen Situationen kann eine Notfallbetreuung Gold wert sein. Wenn der Arbeitgeber in solchen Lagen beispielsweise innerhalb einer Stunde eine Tagesmutter organisieren kann, ist der Mutter enorm geholfen. Auch die Möglichkeit, das Kind einfach mit uns Büro zu bringen, kann helfen. Doch selbst, wenn der konkrete Bedarf niemals eintritt, ist es gut zu wissen, das für den Notfall vorgesorgt ist.

Wenn ein Unternehmen Zugriff auf feste Kapazitäten in KITAS hat, können diese den Mitarbeitern als Sozialleistung angeboten werden. Dabei muss nicht jedes Unternehmen zwangsweise einen eigenen

- Fortsetzung Seite 10 -

Kindergarten unterhalten, es gibt bereits interessante Angebote von gewerblichen Kindergärten, in welchen sich Firmen Plätze einkaufen können.

Doch nicht nur solche konkreten Betreuungsleistungen können helfen, Familie und Beruf vereinbar zu machen, entscheidend sind grundlegend familienfreundliche Strukturen in Unternehmen. Diese können zum Beispiel in flexiblen Arbeitszeitmodellen oder Homeoffice bestehen. Wenn eine Mutter regelmäßig auch von zu Hause arbeiten kann, entstehen oben genannte Probleme vielleicht gar nicht erst. Vor allem bei der Personalauswahl darf das Kind kein k. o. Kriterium mehr sein.

All diese Faktoren können ein ganz neues Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber schaffen. Das kann schon beim Bewerbungsgespräch beginnen. War eine typische Frage dort bisher:

„Ich sehe sie haben Kinder. Was machen sie denn, wenn mal eins krank ist?“, so kann es fortan lauten „Ich sehe, Sie haben Kinder. Sollte mal eines krank werden und keine Betreuung verfügbar sein, können Sie ganz unbesorgt sein. Wir sind darauf vorbereitet und werden da immer eine Lösung finden.“ Wenn ein Arbeitgeber einer künftigen Mitarbeiterin so begegnet, ist gleich Vertrauen geschaffen, wodurch er sich dann auch der Loyalität der Arbeitnehmerin sicher sein kann, wenn einmal schwierigere Zeiten anstehen.

„Den genannten Problemen möchte ich mit meiner Stiftung begegnen. Meine Vorstellung sind regionale Stiftungen, welche von der Wirtschaft vor Ort, wie auch von politischen Institutionen und Verbänden initiiert und gefördert werden können.“ Unternehmen können dann Beiträge an diese Stiftungen zahlen und erhalten dafür im Gegenzug Zugriff auf die Leistungen der Stiftung. Diese können aus den besagten Tagesmüttern bestehen, aber auch. In

Form vom Kitaplätzen, welche die Stiftung einkauft und an die Unternehmen weiter geben kann.

Auf lange Sicht könnten durch die Stiftung sogar ganz eigene Kindergärten gebaut werden. Derzeit finden sich Kitas fast ausschließlich in Wohngebieten. Für viele arbeitende Mütter wäre ein Betreuungsangebot im Gewerbegebiet sehr attraktiv. Aber auch neben den Betreuungsleistungen können Beratungsleistungen (Coaching) erbracht werden. Eine Zertifizierung für besonders familienfreundliche Unternehmensführung ist ebenfalls denkbar.

„Als Vorbild dient mir die Emsländische Stiftung Beruf und Familie.“ In der Region Emsland ist eine besondere Familienfreundlichkeit in der Wirtschaft zu beobachten. Dort wurde die Nachricht verstanden. *„Ich würde mir wünschen, dass sich vergleichbares auch in Schleswig-Holstein realisieren lässt.“*

Emsländische Stiftung Beruf und Familie

BDS SH

Ende 2006 hat der Wirtschaftsverband Emsland gemeinsam mit dem Landkreis die „Emsländische Stiftung Beruf und Familie“ ins Leben gerufen, um auf die neuen Herausforderungen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie reagieren zu können. Da es auch im Emsland keine Großfirmen oder große Industriebetriebe gibt, wurde dort - ebenso wie in Schleswig-Holstein - eine passgenaue Lösung für die Region benötigt, um den vielen kleinen und mittelständischen – oft inhabergeführten – Unternehmen gerecht zu werden.

Das Stiftungskapital von einer Million Euro konnte durch die Beteiligung von 47 Unternehmen zusammengetragen werden. Die angebotenen Leistungen stehen jedoch allen Unternehmern der Region offen, besondere Initiativen und Projekte können sogar von der Stiftung durch finanzielle Zuwendungen gefördert werden.

Dabei ist das bereits vorhandene

Angebot an die Unternehmen vielfältig. Neben Kindertagesstätten und Kinderkrippen in Gewerbegebieten werden Unternehmen beispielsweise sogenannte „Baby-Care-Gutscheine“ angeboten. Diese Betreuungsgutscheine über 2, 4, 6 oder 8 Stunden können Mitarbeitern in der Elternzeit zur Verfügung gestellt werden, damit diese dem Unternehmen stundenweise zur Verfügung stehen oder beispielsweise an Fortbildungen teilnehmen können. Die Gutscheine können dabei nicht nur am Wochenende, sondern auch Nachts in Anspruch genommen werden und gelten für Kinder bis einschließlich vier Jahren.

Aber auch für die Unternehmen selbst gibt es diverse Angebote, wie beispielsweise einen Unternehmenscoach, der für die Unternehmen individuelle Lösungen erarbeitet, wie diese die Familienfreundlichkeit ihres Betriebes erhöhen können. Oftmals sind dabei die einfachsten Maßnahmen die Besten. So könnte ein leerstehender Raum in ein Spielzimmer umgestaltet werden oder die vorhandene Kantine für die Kinder der

Mitarbeiter für ein gemeinsames Mittagessen geöffnet werden.

Die Stiftungsangebote helfen auch die eigene Flexibilität als Unternehmer zu erhöhen. Muss ein Arbeitnehmer abends länger arbeiten oder kann er sein Kind nicht von der Schule abholen, da ein wichtiger Geschäftstermin ansteht, bietet die „Emsländische Stiftung Beruf und Familie“ für solche und ähnliche Fälle „Notbetreuer“, die ad hoc einspringen, wenn es mal brennt. Dabei wird ein Teil der Arbeitszeit von Kindergärtnerinnen bestehender Kitas zu einer Art Bereitschaftsdienst umfunktioniert, bei dem sie Kinder entweder zu sich in die Kita holen, das Kind im Betrieb selbst beaufsichtigen oder das Kind, beispielsweise bei Krankheit, in dessen zu Hause betreuen.

Sicher kann nicht alles, was die Stiftung anbietet 1:1 auf ein Flächenland, wie Schleswig-Holstein übertragen werden, trotzdem sollte darüber nachgedacht werden, wie auch Schleswig-Holstein, das Potenzial an gut ausgebildeten Fachkräften mit Kindern zukünftig besser nutzen kann.

Optimale Ergänzung zum Krankheitsschutz für gesetzlich Versicherte!

Neue Tarife für Naturheilbehandlungen und Hilfsmittel

Gute Nachrichten für gesetzlich Versicherte: Am 1. April 2011 hat die DKV Deutsche Krankenversicherung ihre KombiMed Produktfamilie um drei Zusatztarife erweitert. Damit kann jedes Krankenkassenmitglied genau die Leistungen absichern, die ihm besonders wichtig sind.

Für den einen ist es der Zahnersatz, für den anderen die Behandlungen durch den Heilpraktiker und für den nächsten sind es Brillen und Kontaktlinsen. Viele gesetzlich Versicherte in Deutschland – und das sind etwa 85 Prozent der Bevölkerung – bezahlen Leistungen des Gesundheitswesens aus der eigenen Tasche. Je nach Krankheit und Art der Behandlung kann da eine beträchtliche Summe zusammenkommen, die Betroffene nicht immer im Haushaltsbudget einkalkuliert haben.

Mit dem flexiblen Schutz der insgesamt sieben KombiMed Tarife der DKV kann sich nun jeder Einzelne für sich und seine Familie den passenden Zusatzschutz zusammenstellen. Der finanzielle Eigenanteil, zum Beispiel für Zahnersatz oder Hörgeräte und Brillen, wird dadurch wesentlich reduziert.

KOMBIMED IM ÜBERBLICK*

- **NEU! Tarif AZM:** Ärztlich verordnete Arznei- und Verbandmittel. Hierzu zählen die Mehrkosten durch von der GKV nicht erstattbare Arzneimittel, gesetzliche Zuzahlungen (Rezeptgebühr) sowie Privatrezepte
- **Tarif D50 und Tarif D85:** Zahnersatz in verschiedenen Höhen
- **Tarif DBE:** Zahnbehandlung und professionelle Zahnreinigung
- **NEU! Tarif HMR:** Hörgeräte, Sehhilfen, sonstige Hilfsmittel und Auslandsreiseschutz

- **NEU! Tarif NHB:** Naturheilbehandlung durch einen Heilpraktiker oder Arzt. Dazu gehören ganzheitliche Methoden wie zum Beispiel Ayurveda, Sauerstofftherapie, Homöopathie, Hydrotherapie, Osteopathie, Phytotherapie (Pflanzenheilkunde) und Traditionelle Chinesische Medizin wie z.B. Akupunktur
- **Tarif SHR:** Brillen, Kontaktlinsen und Auslandsreiseschutz

* Den genauen Leistungsumfang und weitere Einzelheiten entnehmen Sie bitte den Allgemeinen Versicherungsbedingungen und den Tarifdruckstücken.

Haben Sie Interesse an den Angeboten des Gruppenversicherungsvertrages? Dann melden Sie sich bei der

DKV Deutsche Krankenversicherung
Direktion Firmen- und Verbandsgeschäft
50594 Köln

Telefon: 02 21/5 78 45 85
Fax: 02 21/5 78 21 15
selbststaendig@dkv.com
<http://www.dkv.com/selbststaendige>



Unsere Ansprechpartnerin rund um die Gruppenversicherung für Selbständige ist Frau Petra Vortkort, Direktionsbeauftragte der DKV.

Die Vorteile Ihrer Gruppenversicherung

Gemeinsam sind wir stark! Dieses Motto bringt die Vorteile einer Gruppenversicherung auf den Punkt. Die DKV bietet exzellenten Versicherungsschutz zu besonders günstigen Konditionen.

VORTEILE GRUPPENVERSICHERUNG

Wer profitiert davon?

Sie als Selbständiger und Mitglied des Bund der Selbständigen BDS Schleswig-Holstein sowie Ihre Familienangehörigen!

IHRE VORTEILE AUF EINEN BLICK!

- Extra günstige Beiträge zum Beispiel in der Krankentagegeldversicherung.
- Sofortiger Versicherungsschutz (keine Wartezeiten) auch bei Nachversicherungen.
- Annahmegarantie.
- Familienangehörige können zu gleichen Konditionen versichert werden.

Auch wenn Sie schon bei der DKV versichert sind, müssen Sie auf diese Vorteile nicht verzichten! Bestehende Versicherungen können problemlos in den günstigeren Gruppenversicherungsvertrag überführt werden. Dazu ist jedoch eine Umstellungserklärung notwendig - die DKV berät Sie gerne!

Atomstreitalter abgeschaltet

Energiewende: Bundestag beschließt acht Gesetze, die den Ausstieg aus der Kernkraft perfekt machen.



Vereinzelt waren an diesem Tag Abgeordnete der Opposition zu sehen, die Anstecker mit der Aufschrift „Atomkraft, nein danke!“ am Revers trugen. Es könnte das letzte Mal gewesen sein. Denn am 30. Juni 2011 wurde das Ende einer 55 Jahre währenden Ära eingeläutet: Das Atomzeitalter in Deutschland soll nun definitiv vorbei sein. Mit 513 Stimmen Mehrheit der Fraktionen von CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschloss der Bundestag am vergangenen Donnerstag, den Atomausstieg bis zum Jahr 2022 zu vollziehen. „Das Hohe Haus“, so hielt Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) vor der Abstimmung fest, „wird heute nach mindestens 30-jähriger, kontroverser, zum Teil unversöhnlicher Debatte in unserem Land über die Energiepolitik einen energiepolitischen Konsens beschließen.“ Das sei „ein Ereignis für sich“. Sigmar Gabriel von der SPD-Fraktion ergänzte: „Natürlich wird der heutige Tag in die Geschichtsbücher eingehen. Es ist wirklich ein historischer Tag.“

ZWISCHENRUF

Was aber in der anschließenden Berichterstattung unterging, ist die Tatsache, dass die Bundesregierung ein ganzes Gesetzespaket mit acht Gesetzen zu Atomausstieg und Energiewende vorgelegt hatte (siehe Kasten). Und die Ergebnisse der übrigen sieben Abstimmungen waren keinesfalls so eindeutig. Denn die Beschlussempfehlungen des Unterausschusses (17/4953) wurden fast ausnahmslos nur durch die Mehrheit der Koalition und gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet.

Die Rede des Bundesumweltministers wurde so häufig durch Zwischenrufe gestört, dass Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) zur Ruhe mahnen musste. Grünen-Fraktionschefin Renate Künast sagte: „Wenn wir heute ein ‚Ja‘ sagen, ist es definitiv ein ‚Ja, aber‘. Sie forderte, nicht erst 2022, sondern spätestens 2017 auszusteigen - und ein Verbot von Atomkraftwerken ins Grundgesetz zu schreiben. Nur dann sei der Ausstieg nahezu unumkehrbar. Gregor Gysi, Vorsitzender der Linksfraktion, verlangte darüberhinaus eine Verstaatlichung des Energiesektors, damit nicht länger die

großen Konzerne, sondern die „Politik wieder zuständig wird für die Energieversorgung der Bevölkerung“.

ALTE WARNUNG

Fast nostalgisch erinnerte Renate Künast an Menschen in Deutschland, „die weit über 30 Jahre den Mut hatten, zu kämpfen“ gegen die zivile Nutzung der Atomenergie. Und Sigmar Gabriel sekundierte an den Umweltminister gerichtet: „Die Bürgerinnen und Bürger haben sich gegen Sie durchgesetzt.“ Schon Willy Brandt habe einst vor dem Atomrisiko gewarnt, das Kabinett unter Kanzler Schröder den Atomausstieg eingeleitet. Es war ein Kampf um die Frage: Wem gehört der Atomausstieg? Georg

Nüßlein, Abgeordneter der CDU/CSU-Fraktion, bemerkte dazu, dass es sich nicht länger um eine historische, „sondern eine Historiker-Debatte“ handele.

Umfragen in ganz Deutschland belegten über Jahrzehnte eine breite Skepsis gegenüber der Atomkraft. Das Land war am Kern gespalten, Befürworter und Gegner standen sich nahezu unversöhnlich gegenüber, während vieler Demonstrationen spielten sich zuweilen gewaltsame Szenen ab. Am letzten Tag des Monats Juni im Jahre 2011 wurde das Ende des Atomstreitalters vollzogen. Norbert Röttgen betonte, diesem historischen Tag wohne ein Aufbruch inne: „Es ist erstmalig und deshalb einmalig, dass ein großes Industrieland sich bereit erklärt, diese technologisch-wirtschaftliche Revolution zu machen.“

Ob dieser Ausstieg ein endgültiger ist? „Rückwärts kann es nicht mehr gehen, es geht nur noch nach vorne, ins Zeitalter der Erneuerbaren“, sagte Künast. Und Michael Kauch von der FDP-Fraktion versicherte im Parlament: „Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen: Es gibt einen klaren Fahrplan.“

*Quelle: Verena Renneberg /
Das Parlament/Nr. 27,
Seite 1*

Energieeffizienz

Mittelstand fordert klare Grundlagen zur Erschließung der Potenziale

BDS Bundesverband

Mit den vom Bundeskabinett im Hinblick auf die Energiewende am 06.06.2011 gefassten Beschlüssen stellen sich für die deutsche Wirtschaft und insbesondere den Mittelstand höchst relevante und in Teilen auch brisante Fragen.

Zweifellos sind mit der komplexen Materie, dem gewaltigen Volumen der vorgelegten Entwürfe (7 Gesetze, 1 Verordnung - insgesamt über 700 Seiten) und der extremen Kürze des parlamentarischen Verfahrens erhebliche Fehlerisiken verbunden. Von einer detaillierten Befassung in den zuständigen Bundestagsausschüssen kann keine Rede sein. Erkennbare Differenzen zwischen Teilen der Arbeitsebene (BMVBS, BMU, BMWI, BMF) und Teilen der politischen Entscheidungsebene begründen zudem die Besorgnis, dass widersprüchliche und ggf. unausgeglichene

Texte mit der Beschlussfassung im Bundestag und im Bundesrat am 08.07.2011 Gesetzeskraft erlangen werden. Die Diskussionen um eine mögliche Fortführung der Energieeinsparverordnung EnEV 2009 ist ein Indiz hierfür.

Die im Bündnis Mittelstand Deutschland zusammenwirkenden Verbände, darunter auch der BDS, verlangen von der Bundesregierung, alle energiepolitischen Maßnahmen (Gesetze, Verordnungen, Fördermaßnahmen) stringent so zu gestalten und auszurichten, dass

1. der Dreiklang umweltschonender, zuverlässiger und bezahlbarer Energieversorgung durch Erhöhung der Energieeffizienz realisiert werden kann und

2. die mit der Erhöhung der Energieeffizienz (z.B. von Gebäuden, Heizungsanlagen, Klima- und Belüftungsanlagen etc.) sich bietenden erheblichen Marktpotenziale insbesondere von den dafür prädestinierten KMU erschlossen und Wachstum und Beschäftigung für diese gesichert werden können.

Besondere Bedeutung hat dabei die Festlegung auf eine neue Energieeinsparverordnung (EnEV 2012), mit der die Zielstellung einer Erhöhung der Energieeffizienz wirksamer als bisher umgesetzt werden kann. Dazu gehört die Erschließung bislang ungenutzter Einsparpotenzials wie z.B. durch Einbeziehung von Bodenkloppotreppen in eine EnEV 2012.

So könnte, bei festgestellten 8,25 Mio. sanierungsbedürftigen Einheiten eine Energieeinsparung zwischen 578.000 und 825.000 t Heizöl und eine CO₂-Reduzierung zwischen 1.600.000 und 2.200.000 t pro Jahr erzielt werden.

Kleinere Hypothek

Landläufig heißt es sachlich, mindestens unaufgeregt, ja fast banal: Deutschland stehe vor einer «Energiewende». Tatsächlich hat der Bundestag mit den Beschlüssen zum Ausstieg aus der Atomkraft in der vergangenen Woche ein Fundament geschaffen, auf dem jetzt die Feste einer vollkommen neu konzipierten Stromversorgung zu errichten ist. Zweifelsohne ein Unterfangen, das entscheidende Auswirkungen auf das Leben der kommenden Generationen haben wird. Schon deshalb ist es keineswegs übertrieben, das Votum des Parlamentes in diesem Fall mit dem Attribut historisch zu versehen.

Deutschland begibt sich damit auf unerforschtes Terrain. Der Ausstieg einer führenden Industrienation aus der Kernenergie ist beispiellos und wird weltweit mit Spannung beobachtet.

Ob dieser Schritt gelingt, ist entscheidend von der Bereitschaft in Bevölkerung, Wirtschaft und Politik abhängig, zumindest für eine Übergangszeit Kompromisse zu akzeptieren. Eines dieser Zugeständnisse ist der Umstand, dass der Strom absehbar teurer werden wird. Nach aller Erfahrung überholt die Sorge um ein schlecht gefülltes eigenes Portemonnaie ganz schnell das Verantwortungsbewusstsein für unser aller Umwelt.

Auch belastet das Ende der Atomenergie zunächst Klima und Umwelt. Ohne die verstärkte Nutzung von Kohle-Kraftwerken wird es nicht gehen. Und Windparks oder Solarfelder sind ebenso wie die zusätzlich notwendigen Hochspannungsleitungen gewiss keine Bereicherung für den Landschaftsschutz.

Die Qualität der jetzt gefassten Beschlüsse wird sich an der Standhaftigkeit der Politik erweisen lassen, wenn es nachträglich Protest gibt.

Das Parlament hat entschieden, den Preis für den Ausstieg aus der Kernkraft trotz dieser Begleiterscheinungen zu zahlen. Weil die Angst vor einer Katastrophe wie im japanischen Fukushima schwerer wiegt. Weil die Frage der Endlagerung atomaren Abfalls weiterhin ungelöst ist. Und schließlich: Weil die Erkenntnis Raum gegriffen hat, dass ein baldiges Ende des Atomzeitalters die Hypothek auf die Zukunft deutlich verkleinert.

*Quelle: Jörg Biallas /
Das Parlament/Nr. 27,
Seite 1*

Chronologie eines Ausstiegs

13.01.1999: Die rot-grüne Koalition verständigt sich auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie soll «geordnet und sicher beendet» werden.

14/15.06.2000: Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) einigt sich in Verhandlungen mit Strommanagern auf den Atomkonsens.

27.04.2002: Das Gesetz tritt in Kraft, nachdem der Bundesrat es am 1. Februar mangels Zustimmungspflicht passieren lassen musste.

2005 bis 2009: Eine Rücknahme des Atomausstiegs ist in der Großen Koalition kein Thema.

26.10.2009: Im Koalitionsvertrag von Union und FDP heißt es: «Die Kernenergie ist eine Brückentechnologie, bis sie durch erneuerbare Energien verlässlich ersetzt werden kann.» (...) Dazu sei man bereit, die Laufzeiten der Kernkraftwerke zu verlängern.

07.06.2010: Die Regierung beschließt, dass die Atomkonzerne unabhängig von Laufzeitverlängerungen eine Steuer auf Brennelemente zahlen sollen. Das soll ab 2011 jährlich 2,3 Milliarden Euro bringen.

05.09.2010: Die Koalition einigt sich auf im Schnitt zwölf Jahre längere Laufzeiten - im Gegenzug sollen die Konzerne rund 30 Milliarden Euro über Atomsteuer und Ökofonds zahlen.

09.09.2010: Ein Vertrag zwischen Regierung und Atomkonzernen wird bekannt, in dem sich die Konzerne Schutzklauseln zusichern lassen. Die Kosten für Sicherheitsnachrüstungen werden auf jeweils 500 Millionen Euro pro AKW begrenzt. Bei höheren Kosten reduzieren sich die Zahlungen für den Fonds zum Ausbau erneuerbarer Energien.

28.10.2010: Der Bundestag verabschiedet die längeren Laufzeiten gegen erbitterten Widerstand der Opposition.

28.02.2011: Fünf SPD-regierte Länder klagen vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Laufzeitverlängerung. Später reichen auch 214 Bundestagsabgeordnete von SPD und Grünen Klage ein.

12.03.2011: Nach einem schweren Erdbeben und dem darauffolgenden Atomunfall von Fukushima in Japan kündigt Kanzlerin Angela Merkel (CDU) Sicherheitschecks für die 17 deutschen AKW an.

15.03.2011: Bundeskanzlerin Merkel kündigt an, dass sieben ältere AKW vorübergehend abgeschaltet werden, die nur wegen der Laufzeitverlängerung noch in Betrieb sind. Auch das nach Pannen stillstehende AKW Krümmel bleibt vom Netz.

22.03.2011: Die Regierung beauftragt die Reaktorsicherheitskommission (RSK), die 17 AKW technisch zu prüfen. Eine neue Ethikkommission soll klären, welches Atomrisiko für die Gesellschaft vertretbar ist.

01.04.2011: Der Betreiber RWE reicht beim Verwaltungsgerichtshof Kassel Klage gegen die vorübergehende Abschaltung des AKW Biblis ein.

17.05.2011: Aus dem Prüfbericht der Reaktorsicherheitskommission lässt sich kein klares Urteil ableiten. Aber: Die ältesten Meiler sind besonders schlecht gegen Flugzeugabstürze geschützt.

22.05.2011: Vier Übertragungsnetzbetreiber warnen vor Stromausfällen, wenn acht AKW auf einen Schlag abgeschaltet werden. Die FDP schlägt vor, ein bis zwei abgeschaltete AKW in Bereitschaft zu halten.

28.05.2011: Die Ethikkommission empfiehlt einen Atomausstieg binnen zehn Jahren und umfangreiche Maßnahmen, damit die Energiewende klappt.

30.05.2011: Die schwarz-gelbe Koalition will das letzte AKW bis 2022 abschalten, die sieben ältesten Meiler und Krümmel sofort. Ein AKW soll für mögliche Stro-

mengpässe bis 2013 «Stand-by» bleiben.

31.05.2011: E.ON teilt mit, wegen des Festhaltens der Regierung an der Brennelementesteuer Klage einzureichen. Pro Jahr und Meiler kostet die Steuer 150 Millionen Euro. Auch RWE teilt später mit, man klage.

03.06.2011: Die Bundesländer verlangen eine stufenweise Abschaltung der verbleibenden neun AKW. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) verkündet nach einem Treffen mit den Ministerpräsidenten einen Fünf-Stufen-Plan: 2015, 2017 und 2019 je ein AKW, 2021 und 2022 jeweils drei Meiler.

06.06.2011: Das Kabinett billigt das Atom- und Energiepaket.

15.06.2011: Das dreimonatige Moratorium läuft offiziell aus.

25.06.2011: Die Grünen entscheiden auf einem Sonderparteitag, den Atomausstieg bis 2022 im Bundestag mitzutragen.

30.06.2011: Der Bundestag verabschiedet die Atomgesetznovelle und sieben weitere flankierende Gesetze.

Quelle: amz/dpa/dapd/Reuters/AFP

DER ENERGIEKONSENS - DAS GESETZESPAKET IM ÜBERBLICK

- **AtG-Novelle** Das Dreizehnte Änderungsgesetz des Atomgesetzes (AtG) legt einen Stufenplan für die endgültigen Restlaufzeiten aller deutschen Kernkraftwerke fest. Die letzten sollen bis Ende 2022 stillgelegt werden.
- **EEG-Novelle** Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) regelt den Rechtsrahmen zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. So sollen bis 2020 mindestens 30 und bis 2050 mindestens 80 Prozent des Stroms aus diesen Energiequellen kommen.
- Die übrigen sechs Gesetze betreffen die Energiewirtschaft, die energetische Gebäudesanierung und den Ausbau des Elektrizitätsnetzes.

Selbständige Sozialschmarotzer?

BDS SH

In den letzten Wochen wurde eine für Selbständige eher ungewöhnliche Diskussion geführt. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) sorgt sich über die zunehmende Anzahl der selbständigen Unternehmer, die gleichzeitig auch Hartz IV Aufstocker sind. Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der BA, sagte dazu in der Süddeutschen Zeitung: «Die Beurteilung darüber, ob ein Selbständiger tatsächlich hilfebedürftig ist, obwohl er zum Beispiel Angestellter hat, ob seine Betriebsausgaben vermeidbar oder angemessen sind oder das Kassenbuch stimmt, ist eher etwas für steuerfachliche Feinschmecker als für Sachbearbeiter im Jobcenter». Und weiter: «Natürlich können Selbständige theoretisch ihr Einkommen so gestalten, dass sie in der Hilfebedürftigkeit verbleiben. Wir haben aber keinerlei Empirie darüber, ob und wie oft dies vorkommt.»

Der Landesverband des Bundes der Selbständigen hat diesem Generalverdacht des



möglichen Sozialbetruges deutlich in den Tageszeitungen des SH:Z widersprochen. Selbständige können nicht nach Gutdün-

ken ihr Einkommen klein und sich selbst arm rechnen. Es gibt klar definierte abzugsfähige und nicht abzugsfähige Kosten. Die Vorwürfe könnten nur funktionieren, wenn wir Menschen in der Finanzverwaltung hätten, die keine Ahnung von dem haben, was sie tun. Und das ist nicht der Fall.

Den Vorschlag von Herrn Alt, die Aufstockung für Selbständige zeitlich zu begrenzen, halten wir auch nicht für sinnvoll. Natürlich muss sich eine Selbständigkeit rechnen – keine Frage. Wird aber dem Selbständigen Hartz IV Aufstocker das Geld gestrichen, was passiert dann: Er hat nicht mehr das wenige in der Firma verdiente Geld und würde den kompletten Betrag eine Tür weiter benötigen und bekommen.

Fazit: Das Sommerloch hat früh begonnen.

BDS Bundesverband verwehrt sich gegen Schmähkritik an Selbständigen

In einem Schreiben an Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit (BA), weist Günther Hieber, Präsident des BDS Bundesverbandes, die durch Herrn Alt in der Süddeutschen Zeitung getroffenen Aussagen auf Schärfste zurück. Die steigende Zahl der Selbständigen, die ihr Einkommen durch Hartz IV aufstocken müssen, ohne weitere Analysen vor allem durch Missbrauch zu begründen, hält Hieber für „sehr dürrt und sogar diffamierend“. Die Daten auf denen der Bericht beruht, wurden auf dem Höhepunkt der Finanzkrise erhoben. Ein Anstieg der Selbständigen, die Hartz IV benötigen sei somit nicht überraschend, sondern vielmehr

zu erwarten gewesen.

Durch die Förderpolitik der BA und anderer staatlicher Einrichtungen der vergangenen Jahre - Stichwort Ich AG, Gründung aus der Arbeitslosigkeit – wurde laut Hieber zudem eine Gruppe von Selbstständigen hervorgebracht, deren langfristige erfolgreiche unternehmerische Tätigkeit durchaus bezweifelt werden kann. Es sei daher nicht verwunderlich, „wenn auch solche Selbständige insbesondere in der schwierigen wirtschaftlichen Phase von 2007 bis 2010 eine Unterstützung durch den Sozialstaat bedurften“.

Gleichzeitig beinhalte Selbständigkeit jedoch auch die volle Übernahme von Risiken, die volle eigene

Verantwortung, die persönliche Haftung mit allem, was an Vermögen da sei – der Altersvorsorge, der Familie und im Extremfall auch „dem Häuschen der Großmutter“. Doch versuchten gerade kleine Unternehmen ihr Personal, auch entgegen eigener finanzieller Interessen, solange wie möglich zu halten.

Der Bundesverband zeigt sich dennoch offen für eine konstruktive Diskussion über den Bezug von Grundsicherungsleistungen. Voraussetzung hierfür sei jedoch, dass diese auf Basis von Fakten und Analysen geführt würde und nicht auf „diskriminieren Weise auf die Gruppe der Selbstständigen beschränkt bliebe.“, so Hieber.

Angeblich Steuerentlastungen für Selbstständige und Handwerker geplant

BDS-FORDERUNG KURZ VOR DER UMSETZUNG

Finanzminister Schäuble plane eine dauerhafte Senkung der Steuerlast für kleine und mittlere Firmen sowie für Handwerker und Selbstständige um zwei Milliarden Euro, verlautet es neuerdings aus

Regierungskreisen. Konkret gehe es um eine gesetzlich verankerte Verdoppelung der Umsatzgrenze für die Inanspruchnahme eines verlängerten Zahlungsziels bei der Umsatzsteuer von 250.000 auf bundesweit einheitlich 500.000 Euro.

Die Regelung war während der Finanzkrise eingeführt worden und ist ursprünglich bis Ende 2011 befristet.

BDS LV Sachsen

BDS News



Börsenbarometer

Griechenland und kein Ende

Die Rettung Griechenlands ist geschafft. Wirklich? Das kommt mir doch bekannt vor. Schon vor einem Jahr erfolgte die Rettung. Zumindest die erste. Bleibt es dabei? Aus meiner Sicht nicht. Immer wieder gibt es neue, noch nicht gekannte Schulden. Egal wie es kommt. Der Bürger bezahlt die Milliarden Schulden. Fragt sich, wann das nächste Rettungspaket kommen wird. Das wiederum steht gar nicht in Frage. Denn durch die extremen Sparpakete wird die griechische Wirtschaft letztlich abgewürgt. Jeder klar denkende Mensch weiß das.

Spektrum Finanzberatung

Vielleicht sollten wir den Griechen eher mit 250 Betriebsprüfern aushelfen, um die schlechte Einnahmesituation im Lande zu verbessern. Letztlich erwarte ich doch den mehrfach angekündigten Schuldenschnitt und den darauf folgenden Austritt Griechenlands aus dem Euro. Übrigens ist die EZB pleite, wenn Griechenland seine Anleihen mehr als 4,25% abwerten würde. Das wäre die Folge, da die Notenbank ja Banken und Versicherungen Griechenanleihen abkaufte. Seinerzeit schrieb ich: Die Büchse der Pandora ist geöffnet. Deutschland müsste als größter Anteilhaber der EZB

dann wieder Geld nachschießen. So oder so, wir verlieren Geld. Sowohl durch die Rettung, als auch durch den Schuldenschnitt.

Höheres Ziel der ganzen Rettungsaktion ist die Rettung des Euros. Der ja eine superharte Währung ist, wenn man das Verhältnis zum Dollar betrachtet und den Einäugigen mit dem Blinden vergleicht. Denn aktuell wissen wir, wann die USA Pleite gehen werden, wenn die Schuldengrenze nicht angehoben wird. Die Stärke des Euro ist gut am Schweizer Franken absehbar. Hier der Langfristchart.

Fazit: Bleiben Sie in Sachwerten und sichern Sie diese ab!

*Lothar Koch,
Spektrum Finanzberatung
www.spektrum-financeberatung.de*

Steuer News

Nielsen Wiebe & Partner

DARLEHENSVEREINBARUNGEN ZWISCHEN ANGEHÖRIGEN

Weil Darlehen zwischen nahen Angehörigen auch als ein beliebtes Instrument zur Steuergestaltung angesehen werden, stellt die Finanzverwaltung an die entsprechenden Darlehensverträge besonders strenge Anforderungen. Das Bundesfinanzministerium hat mit Schreiben vom 23.12.2010 die Voraussetzungen zur steuerlichen Anerkennung konkretisiert und darauf hingewiesen, dass diese in allen offenen Fällen zu beachten sind. Danach müssen Darlehensverträge zwischen Angehörigen oder mit deren Personengesellschaften insbesondere die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

Der Darlehensvertrag muss zivilrechtlich wirksam geschlossen worden sein (kritisch bei Verträgen mit Minderjährigen!).

Der Vertrag muss tatsächlich so wie vereinbart durchgeführt werden.

- Die Vereinbarungen müssen nach Dauer, Inhalt und Durchführung dem entsprechen, was fremde Dritte vereinbart hätten. Vergleichsmaßstab sind hier übliche Darlehensverträge mit Banken.
- Die Zinsen müssen zu den jeweili-

gen Fälligkeitszeitpunkten tatsächlich gezahlt werden.

- Der Rückzahlungsanspruch muss grundsätzlich ausreichend besichert sein.

In Schenkungsfällen, bei denen der Beschenkte die Geldbeträge sogleich als Darlehen zurückgewähren muss, werden weder die Schenkung noch das Darlehen steuerlich anerkannt. Wenn zu einem späteren Zeitpunkt Zins- bzw. Tilgungsleistungen erfolgen, gelten diese Zahlungen als Schenkungen.

Wenn der Darlehensvertrag anerkannt wird und die Zinsen beim Schuldner steuerwirksam geltend gemacht werden können, unterliegen die erhaltenen Zinsen beim Gläubiger nicht der Abgeltungssteuer, sondern dem individuellen (progressiven) Steuersatz. Diese Ausnahme von der Abgeltungssteuer gilt für entsprechende Kapitalerträge zwischen nahestehenden Personen, um Steuersparmodelle innerhalb von Familien zu verhindern.

VERSCHÄRFUNG DER STRAFBEFREIENDEN SELBSTANZEIGE

Bundestag und Bundesrat haben das Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung („Schwarzgeldbekämpfungsgesetz“) beschlossen. Die Neuregelung ist mit der Verkündung am 2.5.2011 in Kraft getreten.

Mit dem Gesetz werden insbesondere die Regeln für die strafbefreiende Selbstanzei-

ge in den folgenden Punkten verschärft:

- Eine Selbstanzeige muss sämtliche Hinterziehungssachverhalte enthalten. Teilselbstanzeigen führen nicht mehr zur Straffreiheit, auch nicht hinsichtlich der nacherklärten Einkünfte.
- Eine strafbefreiende Selbstanzeige ist nach der Neuregelung nicht mehr möglich, wenn dem Steuerpflichtigen oder seinem Vertreter eine Betriebsprüfungsanordnung bekannt gegeben worden ist.
- Bei einem Hinterziehungsbetrag von über EUR 50.000 pro Steuerart und Besteuerungszeitraum wird künftig grundsätzlich keine Straffreiheit eintreten. Von der Strafverfolgung wird allerdings abgesehen, wenn neben der Entrichtung der hinterzogenen Steuern und der darauf anfallenden Zinsen eine freiwillige Zahlung von 5 % der verkürzten Steuer geleistet wird

ERHÖHUNG DES GRUNDERWERBSTEUERSATZES

Seit 2006 sind die Bundesländer berechtigt, den Steuersatz für die Grunderwerbsteuer festzusetzen. Seitdem ist der bisherige Regelsatz von 3,5 % bereits in mehreren Ländern erhöht worden. Ab 2012 wird auch Schleswig-Holstein den Steuersatz auf 5 % erhöhen. Insbesondere bei geplanten Grundstücksinvestitionen sollte daher geprüft werden, ob diese Käufe noch 2011 durchgeführt werden können.

*Thomas Nielsen,
Nielsen Wiebe & Partner
www.nwup.de*

Herausgeber:

BDS Landesverband
Schleswig-Holstein e.V.

Redaktion:

Arbeitsgruppe BDS Kompass
Niehuuser Straße 12
24955 Harrislee

Tel: +49 461 770020 33

Tel: +49 461 770020 20

E-Mail: medien@bds-sh.de

Web: www.bds-sh.de

V. i. S. d. P.:

Prof. Dr. Wolfgang J. Linker

Gestaltung:

Arbeitsgruppe BDS Kompass

Impressum

Fotos:

BDS, BDS Schleswig-Holstein

Erscheinungsturnus

„Kompass - Das Magazin des BDS Landesverbandes Schleswig-Holstein e.V.“ erscheint einmal im Quartal. Für BDS Mitglieder ist der Bezug des Magazins im Beitrag enthalten.

Nachdruck, Vervielfältigung und Kennzeichnung

Nachdruck oder Vervielfältigung der eigenen Beiträge (nicht Gastartikel) mit Quellenangabe „BDS SH“ gestattet.

Alle namentlich oder durch Kürzel gekenn-

zeichneten Artikel geben nicht die persönliche Meinung des Autors wieder. Für die Artikel der Kreisverbände / Kreise ist alleine der jeweilige Kreisverband / Kreissprecher verantwortlich.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Haftung. Rücksendung nur, wenn Porto beiliegt.

Weitere Informationen

Weitere Informationen zu den Themen dieser Ausgabe und den Positionen und Aktivitäten des BDS Landesverband Schleswig-Holstein e.V. finden Sie stets aktuell auf der Internetseite des BDS: www.bds-sh.de.

Jubiläen und Geburtstage

Jubiläen

30 Jahre:

26.08. Hans-Jörgen Warnke,
J. Jessen & Co.Nachf.
GmbH & Co. KG

25 Jahre:

01.08. Karl Mönkle
06.08. Erich Malonek,
Rechtsanwalt und Notar
21.09. Ulf Semmelhaack
24.09. Daniel Bär,
Creditreform Flensburg
Hanisch KG

15 Jahre:

15.07. Horst Meerwald,
Optik & Akustik Meerwald
01.09. Markus-Peter Kalder

05 Jahre:

01.07. Frank Bremser
01.07. Bernd Behne

Geburtstage

Juli

02.07. Ulf Semmelhaack
03.07. Jens Scharff
05.07. Ulrike Rennwandt,
Clasen Druck GmbH
10.07. Dietmar Aha,
AHA
18.07. Reimer Eickmeier,
Der Ostseemakler
25.07. Marc Köppe ,
Karosserie- u. Lackierfachbetrieb
30.07. Horst Stoltenberg,
Nordsee-Dental
30.07. Michael Rose,
Heizung-Sanitärtechnik
Michael Rose
31.07. Michael Jensen,
Jensen & Partner MiT
31.07. Marina Carstens

August

03.08. Torsten Ramm,
Hamburg-Mannheimer - Agentur
Torsten Ramm
04.08. Ralf Friedrichsen
Landmaschinen - Handel
05.08. Mickel Schmidt;
Frisör am Theater
06.08. Uwe Eckert,
pur 98100 Gebäude-Service
06.08. Bernd Reinschmiedt
06.08. Viola Hübner,
Wurzelzwerg
10.08. Volker Nolte,
Maler Nolte
10.08. Lothar Koch,
Spektrum Finanzberatung
16.08. Mona Moldrzyk
21.08. Peter von Hacht,
Zeitarbeit Horst
21.08. Marius Wolf,
Fisch und Naturkost
22.08. Hans-Dieter Riehle
23.08. Sabine Nowicki
26.08. Matthias Ketelsen,
Köpp & Ketelsen Zahntechnik GbR

September

09.09. Kerstin Mielke
Die Strickinsel
12.09. Thomas Schwarz
15.09. Jan J. Casper,
casper und partner
Steuerberatungsgesellschaft mbH
18.09. Stephan Kunze
20.09. Gerhard Pehlke ,
Basler Versicherungen
22.09. Hansjürgen Reimer,
Dipl. Baubiologe
24.09. Viktor Günter,
Mix-Markt-Einzelhandel e.K.
25.09. Manja Fehrmann
27.09. Ulrich Scholl ,
US Consult Unternehmens- und
Organisationsberatung
29.09. Gerhard Kröhnert,
DanRevision Flensburg-Handewitt
29.09. Thorsten Ehler,

Ehler Optik-Akustik
GmbH & Co. KG

30.09. Detlef Kuhnke,
Rudolf May GmbH & Co.

Neue Mitglieder

Agentur für Druck und Werbung
Gisela Oberzig-Carstens

Gotsch, Thomas

Muschelblume
Petra König

PhysioCare
Volker Nieves

Ristorante - Pizzeria „Bella Italia“
Giovanni Perazza

Rohde, Jens

Zeitarbeit Horst
Peter von Hacht



**NOCH EIN GRUND MEHR SEIN EIGENER
CHEF ZU WERDEN. DIE GÜNSTIGE
PRIVATE GRUPPENVERSICHERUNG
FÜR SELBSTSTÄNDIGE.**

Krankheitskostenvollversicherung
ab 195,40 EUR/Mon.
mtl. Beitrag für einen 35-jährigen Selbstständigen nach Tarif BM 2 mit 600 EUR Selbstbehalt p. a. für ambul. Leistungen (Stand: 01/11)

Gestalten Sie als Selbstständiger Ihre Gesundheitsvorsorge und die Ihrer Familie jetzt noch effektiver.

Die DKV, die Nr. 1 unter den Privaten in Europa, bietet Ihnen Krankenversicherungsschutz mit einem Höchstmaß an Sicherheit und Leistung. Nutzen Sie die günstigen Konditionen dieses Gruppenversicherungsvertrages:

BEITRAGSNACHLÄSSE UND KEINE WARTEZEITEN.

☒ **Ja, ich möchte mehr über Das Unternehmen Gesundheit!® wissen.
Ich interessiere mich für die DKV Gruppenversicherung für Selbstständige.**

Einfach ausschneiden und faxen: **02 21/5 78 21 15**

Oder per Post an: DKV AG, R2GU, 50594 Köln, Tel. 02 21/5 78 45 85, www.dkv.com/selbstaendige, selbstaendig@dkv.com

Name

Straße, PLZ, Ort

Geburtsdatum

Beruf

Telefon privat/beruflich

E-Mail

180069475

DKV
Deutsche Krankenversicherung

Ich vertrau der DKV

Der Gesundheitsversicherer der **ERGO**